

# POLIZEI REPORT

G 43095  
ISSN 1433-0164  
Nr. 59  
Sept. 2011

## Bewegte Sommerzeit



*In diesem Heft:  
Beihilfenovellierung  
Übertragung Tarifergebnis  
Wissenswertes  
Aktuelles*



# POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen  
der Bezirksgruppe Nordhessen  
der Gewerkschaft der Polizei  
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.  
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)



für die Bereiche Kassel,  
Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis  
und Waldeck-Frankenberg

## Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.  
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg  
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

## Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-  
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
Geschäftsführer: H. R. Jud

## Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

## Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum

## Redaktion:

Uwe Bartholmai (V.i.S.d.P.), Volker Zeidler,  
Simone Sauerländer, Peter Müller.  
Bezirksgruppe Nordhessen der GdP,  
Grüner Weg 33, 34117 Kassel  
Vorsitzender: Volker Zeidler, Grüner Weg 33, 34117  
Kassel. Tel. (05 61) 9 10 10 11, Fax 77 98 65

**Druck und Verarbeitung:** NK-Vertrieb GmbH, Abt.  
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 15.12.  
Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag  
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-  
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch  
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion  
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;  
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel  
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr  
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das  
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-  
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt  
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen  
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz  
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts  
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch  
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-  
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.

ISSN 1433-0164

## Aus dem Inhalt:

Eine für Alle

Die Bedeutung der GdP in der  
heutigen Zeit

Seite 4

Herr Minister, es reicht nicht nur  
mir!!!

Seite 7

Wer schützt die PoLENTE

Seite 8

Wie viel Polizei braucht das Land  
Betrachtung über die Personalpoli-  
tik in Hessen

Seite 10

Tarifinfo

Seite 13

Gutes frisch auf den Tisch  
Die Pensionäre der GdP Nordhes-  
sen besuchen die EDEKA Zentrale

Seite 13

Wenn die Sonne lacht  
Seniorentag 2011

Seite 14

Von der Moderne in die Vergan-  
genheit

Seite 15

Singen für einen guten Zweck

Seite 16

10 Jahre danach...

Seite 17

**Titelbildentwurf: Sauerländer/Zeidler**

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



**Volker Zeidler, Bezirksgruppenvorsitzender**

in unserer letzten Ausgabe bin ich  
im Vorwort auf die ausstehende  
Übertragung des Tarifergebnisses  
auf die Beamtinnen und Beamten  
eingegangen. Mittlerweile ist die  
Sommerpause vorbei und der  
Herbst steht vor der Tür. Die Parla-  
mentarier beraten gerade den Ge-  
setzentwurf zur Übertragung des Ta-  
rifergebnisses – Ende  
wahrscheinlich dann passend zum  
Oktober.

Die Berufsvertretungen, allen  
voran die GdP, haben die mangeln-  
de Wertschätzung des Ministers für  
seine „ach so wichtigen“ Polizeibe-  
amtinnen und –beamten angepran-  
gert. Es treibt einem die Zornesröte  
ins Gesicht: In Sonntagsreden  
umarmen uns die Politiker aller

Couleur und wenn es ans Einge-  
machte geht, nämlich uns das  
zukommen zu lassen, was uns zu-  
steht, dann ist off der Ton abge-  
dreht.

Jetzt kommt es aber noch schlim-  
mer. Nicht, dass man uns nur Geld  
aus der Tasche zieht, was lediglich  
eine Abkopplung von der allgemei-  
nen Einkommensentwicklung be-  
deutet hätte, nein jetzt versucht  
man, die nächste Stufe der Negativ-  
entwicklung unserer Einkommen zu  
erklimmen. Bouffier hatte schon im-  
mer von einer „Hessischen Beihilfe-  
regelung de Luxe“ gesprochen. Der  
Ministerpräsident ist ja im Privatber-  
uf Rechtsanwalt – also Freiberufler  
– und denen ist der Begriff „Beihilfe“  
ja schon immer ein Dorn im Auge  
gewesen. Boris Rhein, ebenfalls Ju-  
rist, hat diese Einstellung wohl voll  
übernommen und nun seine Inter-  
pretation von „Fürsorge für die Be-  
schäftigten“ auf den Tisch gelegt.

Der Referentenentwurf, der nun  
schwarz auf weiß in der Welt ist, hat  
nichts mehr mit einer Überarbei-  
tung einer möglicherweise veralten-  
ten und unübersichtlichen Beihilfe-  
ordnung zu tun, es ist ein dreister  
Griff in die Tasche der Beschäftigten  
– eine klare Einkommensbeschnei-  
dung. Ich bin davon überzeugt,  
dass die meisten Kolleginnen und  
Kollegen die Tragweite dieser Bera-  
tung noch längst nicht erkannt ha-  
ben.

So sieht der Entwurf z.B. vor, bei  
stationären Krankenhauskosten die



Beihilfe von 80 % auf 50 % zu kürzen, bei den Ehegatten sogar von 85 % auf 50 %. Hört sich nicht so schlimm an, ist es aber, denn: die Kosten bei der stationären Behandlung sind immens und drohen bundesweit zu explodieren. Es wäre das gleiche, wenn bei der gesetzlichen Krankenkasse der Arbeitgeber nur noch 30 % der Kosten tragen müsste. Die Folge wäre, dass die ohnehin horrenden Beiträge der gesetzlichen Kassen noch weiter nach oben gehen würden.

Durch das Einfrieren der Kostensteigerung für Arbeitgeber hat Minister Rößler eine Kostenexplosion

für die Versicherten in den gesetzlichen Kassen herbeigeführt. Für uns würde der neue hessische Weg eine ähnliche Folge haben. Experten sprechen schon davon, dass es keine Utopie ist, dass die privaten Krankenkassen für Polizeibeamte und –beamtinnen ihre Beiträge um bis zu 50 % erhöhen könnten.

Hier sprechen wir nicht von „ein paar Euro“, sondern von einer richtigen Sauerei. Der unsägliche, fast schon höhnisch klingende Spruch Bouffiers von der „bestbezahlten Polizei Deutschlands“ wäre vollends ad absurdum geführt.

Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe ihr habt die letzten Zeilen aufmerksam gelesen und seid Euch der Tragweite bewusst. Ich glaube, dass wir langsam in die Gänge kommen müssen. Liegt erstmal ein Gesetzesentwurf vor, könnte es zu spät sein. Diese Landesregierung hat schon öfters ihre Geringschätzung gegenüber den eigenen Beschäftigten gezeigt. Und wer uns so behandelt, der muss sich nicht wundern, wenn ihn die volle Wucht des Protestes trifft.

Volker Zeidler  
Vorsitzender der GdP Nordhessen

## Eine für alle – warum die GdP so wichtig ist

Stellt Euch mal vor, die Bundesrepublik hätte keine Parteien: Es gäbe keine CDU, keine SPD, keine Grünen, keine FDP, keine Piraten oder Freie Wähler... Und es gäbe keine Gewerkschaften: Keine IG Bau, keine Metaller, ver.di oder Berufsvertretungen, wie die Pilotenvereinigung Cockpit, die Gewerkschaft der Lokführer oder, oder, oder...

Ich weiß, dass es vielen schwer fällt, sich solch ein Szenarium vorzustellen, weil es selbstverständlich ist, dass es dies alles gibt.

Unsere Bundesrepublik ist – gemessen an unserer Zeitrechnung – ein noch junges Geschöpf. Keiner ihrer Väter konnte sich nach den Erfahrungen der Weimarer Republik völlig sicher sein, dass dieses Modell erfolgreich sein würde. Aber allen Zweiflern zum Trotz: Seit 65 Jahren haben wir in Deutschland Frieden. Eine unglaublich lange Friedensperiode, die hoffentlich nie aufhören wird.

Wenn man an die Herausforderungen denkt, bekommt man oft noch eine Gänsehaut angesichts der Klippen, die es zu umschiffen galt: Die deutsche Teilung, der darauffolgende „Kalte Krieg“, die Wiedervereinigung, danach das Zusammenführen der beiden deutschen Staaten mit ihren völlig unterschiedlichen Lebens- und Gesellschaftsmodellen, die Studentenproteste Ende der 60iger Jahre, die folgende

Terrorismusbedrohung durch die RAF mit all ihren Nebengruppen, wirtschaftliche Einbrüche nach lange währenden Wachstumsperioden mit hohen Arbeitslosenzahlen, Proteste gegen AKW und Wiederaufbereitungsanlagen, den Bau umstrittener Großprojekte wie der Startbahn 18 West mit teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen.

Und jetzt stelle ich noch einmal die Frage, ob man ohne Parteien und Gewerkschaften diese Hürden genommen hätte? Ich glaube das nicht.

Parteien sind Sammelbecken für politisch Interessierte und Aktive. Die großen Parteien decken dabei ein breites Spektrum von rechts nach links ab und verhindern damit eine „Fransenbildung“ an den Rändern.

Die Gewerkschaften haben im beruflichen Leben für ein gedeihliches Miteinander gesorgt. Die Arbeitsbedingungen wurden allein durch ihre Aktivitäten immer besser und „menschlicher“. Die angemessene Bezahlung von erbrachten Dienstleistungen ist allein Gewerkschaftsverdienst.

Während in den 70iger, 80iger Jahren die gewerkschaftlichen Erfolge überwogen, begann nach der deutschen Einigung ein ständig währender Abwehrkampf. Die Kosten der Wiedervereinigung, von der Bundesregierung zu großen Teilen

über die Rentenkassen finanziert, waren immens. Die gewerkschaftliche Forderung „gleicher Lohn in Ost und West“ wurde durch die geschichtliche Entwicklung konterkariert: Statt einer Anhebung der Ost-Gehälter auf West-Niveau folgte eine Absenkung der Löhne. Noch heute sind die Entlohnungen in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich, aber auf einer deutlich niedrigeren Ebene. Von einem Erhalt der Kaufkraft konnte keine Rede mehr sein.

Auch die GdP war über den DGB an dieser Entwicklung eng beteiligt. Wir haben uns schon unmittelbar nach der Jahrtausendwende an großen Demonstrationen gegen den Sozialabbau und die Sparwut im öffentlichen Dienst beteiligt. In Berlin haben wir mehrfach demonstriert, konnten aber letztlich nicht verhindern, dass der bundespolitische Einfluss gerade auf den Bereich der Inneren Sicherheit nach der Föderalismusreform deutlich geringer geworden ist. Also besinnen wir uns auf alte Tugenden und nehmen den Fehdehandschuh dort auf, wo er zuerst hingeworfen wurde: In unserem Hessen!

Mit dem Stellenabbau ab 2003 schrieb die Landesregierung ein Stück neue Polizeigeschichte. Mit immer mehr vernebelten Zahlenwerken wollte man der Bevölkerung glaubhaft machen, dass die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ge-

stiegen sei, obwohl das Gegenteil der Fall war.

Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit, Kürzung des Weihnachtsgeldes und Streichung des Urlaubsgeldes waren weitere Bausteine, mit denen wir uns auseinanderzusetzen hatten.

Die GdP hat mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg gehalten. Die Auseinandersetzungen mit dem damaligen Innenminister Bouffier erreichten eine neue Qualität, als er demonstrierende Polizeibeamtinnen und -beamte als „Krawallmacher“ bezeichnete, den Landesvorsitzenden der GdP mit Sprüchen wie „Was wollen Sie? Krieg oder Frieden“ zu maßregeln versuchte und Disziplinarmaßnahmen gegen Gewerkschafter über sein LPP veranlasste.

Die Reaktion der GdP folgte prompt: Eine landesweite Postkartenaktion gegen den Stellenabbau führte zu einer heftigen öffentlichen Diskussion, die unmittelbar vor der Landtagswahl 2008 in der vom damaligen Ministerpräsidenten Koch eröffneten Debatte über die Jugendkriminalität mündete und für die Regierung fatale Wahlfolgen hatte.

Danach besann man sich wohl eines anderen: Es kann nur mit, aber nicht gegen die eigenen Beschäftigten regiert werden. Diese Einsicht kam spät, aber sie kam und die GdP setzte in den Tarifverhandlungen in Hessen einiges für die Beschäftigten durch: Die 38,5 Stundenwoche wurde für Beschäftigte im Schichtdienst festgeschrieben – unser Erfolg. Die Zahl der Einstellungen wurde wieder „hochgefahren“, auch das war unser Erfolg.

Mit dem Abstand zur Wahl und zur Wahlschlappe zeichnet sich jedoch ab, dass die Landesregierung ein relativ gering ausgeprägtes Gedächtnis hat. So wurde jüngst in diesem Jahr der Tarifabschluss zwar vollmundig mit einer „1:1“-Übertragung angekündigt, blieb aber in der Gesetzgebung stecken. Das was jetzt folgt, ist wieder eine Kürzungsarie, indem der Tarifabschluss mit einem halben Jahr Verspätung und ohne wesentliche Bestandteile über-

tragen werden soll. Dann kam der nächste Hammer: In einem Papier (Vorschlag der Landesregierung) soll die Beihilfe drastisch abgesenkt werden. Was der Beobachter in der unbedarften Bevölkerung noch als „super“ ansehen dürfte (schließlich werden den Beamten endlich mal „Privilegien“ beschnitten), führt zu einer drastischen Einkommenskürzung bei den Beschäftigten: Die Krankenkassen müssten ihre Beiträge verdoppeln, wollen sie die gleichen Standards unter der neuen Beihilferegulation bieten. Das Geschrei, wenn die gesetzlichen Krankenkassen von 15,9 auf 31,8 Prozent erhöht werden, es würde keine Bundesregierung aushalten – aber in Hessen „traut man sich was“. Na schauen wir mal.

Wenn wir jetzt aufhören zu lamentieren, dann bedeutet das, dass wir mit dieser Darstellung wachrütteln wollen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen sind es, die von dieser Entwicklung am stärksten betroffen sein dürften. Sie müssen die alten Tugenden der GdP neu erfahren und sich an ihnen stärken: Sich einbringen in den Prozess der Diskussion, der Auseinandersetzung. Es kann nicht sein, dass nur die Altvorderen die Finger heben und eine ganze Generation sich still zurückzieht und sich ihrem Schicksal ergibt.

Hätten das die Väter unserer Demokratie getan, dann wären wir heute nicht in der Situation, in der es Dinge zu erhalten und zu verteidigen gilt.

Wir suchen händeringend nach Nachwuchs für unsere Gewerkschaftsarbeit, die nicht nur frustet, sondern auch Spaß macht. Wenn man etwas erreicht oder – auch gut – etwas Unangemessenes verhindert, dann kann man darin auch Erfüllung und Genugtuung finden.

Kommen wir zum Ausgangspunkt zurück. Eine Bundesrepublik ohne Parteien und Gewerkschaften wird es nicht geben. Die Demokratie lebt mit und von ihnen. Deshalb meinen wir, dass der gesellschaftliche Prozess zwischen Gewerkschaften und Regierenden noch längst nicht abgeschlossen ist, sondern unter sich ständig verändernden

Rahmenbedingungen weiter fortgeführt werden muss. Um Gewerkschaftsarbeit und damit auch Gewerkschaftspolitik zu gestalten, brauchen wir gerade junge Kolleginnen und Kollegen, die bereit sind, sich für die Sache einzubringen. Denn ein Satz hat seine Berechtigung und wird sie auch nicht verlieren: Wer nicht kämpft, der hat schon verloren...

Volker Zeidler  
Bezirksgruppe Nordhessen



## Terminkalender auf einen Blick

20. Okt. 2011, 16.00 Uhr  
**60 Jahre GdP-Hessen**  
Festakt in Frankfurt, Kaisersaal im Römer

3./4. November 2011  
**Klausurtagung der Bezirksgruppe Nordhessen**  
in Willingshausen-Zella

29. November 2011  
**Bezirksdelegiertentag**  
In Lohfelden

09. Dez. 2011  
**Jubilarsehrung der KG Kassel im PP Nordhessen - Kantinennebenraum**

E-Mail an:  
[gdppps@t-online.de](mailto:gdppps@t-online.de)

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)

# Herr Minister, es reicht – und nicht nur mir !!!!

## Ein offener Brief an den Hessischen Innenminister Boris Rhein

Sehr geehrter Herr Innenminister, sehr geehrter Herr Rhein,

die Ankündigung das Beihilferecht zu verändern (natürlich nicht zum Vorteil der Beschäftigten) veranlasst mich, diesen offenen Brief an Sie zu schreiben.

Seit nun 22 Jahren bin ich im Dienst der hessischen Polizei. Ich stelle fest, dass meine finanzielle Situation in den letzten 10 Jahren kontinuierlich schlechter geworden ist.

Wir arbeiten in Hessen wöchentlich nicht nur mit am längsten in der gesamten Bundesrepublik, es wurde das Weihnachtsgeld gekürzt und eingefroren, das Urlaubsgeld gestrichen. Zulagen wie beispielsweise für den „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ wurden seit Jahrzehnten nicht mehr erhöht oder angepasst, wenn sie nicht ganz gestrichen wurden (Reisekostenpauschale).

Viele Jahre lang haben die nach Tarifabschlüssen folgenden Besoldungsanpassungen nicht ansatzweise die Inflationsrate ausgleichen können.

Auch in diesem Jahr gab es einen Tarifabschluss. Die ausgehandelte Einmalzahlung von 360,- Euro wird uns von ihrer Regierung verwehrt, die Übertragung soll erst mit 6 Monaten Zeitverzug erfolgen, für das nächste Jahr soll das gleiche gelten.

In meinem dienstlichen Umfeld hat diese Behandlung der Beamtinnen und Beamten nur Wut hervorgerufen. Nicht einmal eine angemessene Gehaltssteigerung soll es geben, dabei sind Beförderungen in den letzten Jahren nur marginal vergeben worden.

Über Jahre haben wir das „Projekt Sichere Zukunft“ auf unseren Schultern tragen müssen und als Folge die Arbeit in allen Bereichen mit viel zu wenig Personal bestritten.

Trotz allem waren die Kolleginnen und Kollegen in der OPE Kassel, in der ich Dienst versee, immer hoch motiviert. Wir waren bemüht,

die Aufklärung weiter zu steigern, damit die Politik mit der Kriminalstatistik glänzen konnte. Die Führungskultur in der Hessischen Polizei, von Ihnen selbst als verbesserungswürdig titulierte, hat dem keinen Abbruch geleistet, obwohl wir oft die Fäuste in der Tasche geballt haben.

Ich bin Polizeioberkommissar, Vater von zwei heranwachsenden Jungen und - abgesehen von einer geringfügigen Beschäftigung meiner Ehefrau - Alleinverdiener. Nach Dienstjahren habe ich gelernt, meine finanzielle Situation zu überschauen. Ich will aber auch planen können und das fällt mir zunehmend schwerer.

In den letzten Jahren kamen zu den oben aufgezählten Gehaltseinbußen massiv steigende Lebenshaltungskosten. In den letzten 10 Jahren haben sich die Energiekosten für Tanken, Strom und Gas fast verdoppelt, mein Gehalt nicht. Viele Dinge, die wir uns früher leisten konnten, mussten wir streichen.

Damit Sie einen Einblick bekommen, dass wir weder über unsere Verhältnisse leben, will ich Ihnen meine persönliche finanzielle Situation kurz schildern:

Für unseren erwachsenen Sohn müssen wir seit zwei Jahren das Studium an der Universität Marburg tragen, da ich mit meinem Einkommen die Bemessungsgrenze für das Bafög gerade überschreite. Zum Glück wird keine Studiengebühr in Hessen mehr erhoben, aber auch ohne Studiengebühren belastet uns dieser Posten massiv. Aber auch das tragen wir.

Vor einigen Jahren leisteten wir uns im Herzen Kassels ein kleines, 50 Jahre altes, Reihenhaus, für das wir allerdings auch den Abtrag bezahlen müssen. Das ist unser einziger „Luxus“ den wir uns leisten bzw. leisten können. An ein neues Auto (weil das alte schon mehr in der Werkstatt steht als fährt) ist nicht zu denken. Von ausgedehnten Urlaubsreisen können wir nur träu-

men, sie sind für uns nicht bezahlbar.

Und nun kommen Sie mit Ihrer Beihilfeänderung. Wenn nun, wie die „Experten“ vorschlagen, die Beihilfe Erstattung zu unserem Nachteil verändert wird, kommen weitere erhebliche Kosten bei der Krankenversicherung auf uns alle zu. Allein in den letzten drei Jahren musste ich mit meiner Familie 90,- Euro Beitragssteigerung bei der Krankenkasse verkraften.

Wenn Sie die Beihilfe in der vorgeschlagenen Form verändern, würde sich für uns der Krankenkassenbeitrag fast verdoppeln. Sie haben richtig gelesen: **VERDOPPEL N!!!!** Das ist keine Spekulation, sondern eine verlässliche Schätzung von Beihilfe- und Krankenkassenexperten.

Dies bedeutet für mich einen monatlichen Verlust von 300 bis 400 Euro. **Das kann ich einfach nicht mehr aufbringen!**

Sehr geehrter Herr Minister, die Hessischen Polizistinnen und Polizisten gehen noch gerne zum Dienst. Wir haben Freude an unserer Arbeit. Aber was soll aus unserer positiven Einstellung werden, wenn wir uns täglich um unsere finanzielle Existenz sorgen müssen?

Mit wohlgemeinten Ratschlägen wie etwa „Es muss sich ja auch nicht jeder ein Haus kaufen, eine Wohnung tut es ja auch“ oder „Es muss ja nicht jeder seine Kinder auf die Uni schicken“ ist uns nicht gedient. Mit einer Politik des Abschmelzens von Gehältern schaffen Sie den bürgerlichen Mittelstand ab. Wenn der Gehaltsabbau im gleichen Tempo wie in den letzten zehn Jahren fortschreitet, wird in zehn Jahren eine sogenannte „Mittelschicht“ nicht mehr vorhanden sein. Dann gibt es nur noch „Oben“ und „Unten“. Wir waren nicht in der Lage, Rücklagen zu bilden, Aktien (die nichts mehr wert wären) zu kaufen oder in Gold zu investieren. Die Lebenshaltungskosten konnten wir immer decken – nicht mehr und nicht weniger.



Vor drei Jahren musste die Landesregierung erfahren, wie Wahlen ausgehen können, wenn man Landesbeschäftigte missachtet oder ihnen Geringschätzung widerfahren lässt. Aus Erfahrungen sollte man

eigentlich lernen. Seinerzeit hatte ich den Eindruck, man „habe verstanden“, wie es in einem Werbeslogan so schön heißt. Die letzten Monate lassen mich an meiner Erkenntnis zweifeln.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Rüppel

Kreisgruppe Kassel

## Wer schützt die POLENTE?

Gewalt gegen Polizeibeamte ist ein brandaktuelles Thema und die Schlagzeilen um immer neue Übergriffe gegen Polizeibeamte reißen nicht ab. Aber was tut der Gesetzgeber zu unserem Schutz? Wo finden sich die wohlgemeinten Willenserklärungen der Regierenden in Urteilen gegen Rechtsbrecher? Wo sind die aufgeregten Mitmenschen, die sich schützend vor die Schutzleute stellen???

Dass es sie gibt, die aufgeregten Bürger, konnte man in den nordhessischen Gazetten lesen, welche beinahe wöchentlich über die Ermittlungsergebnisse gegen fünf Jugendliche berichteten, die in einem Bushäuschen in Lohfelden mit lebenden ENTEN Fußball „gespielt“ und die Tiere dabei zu Tode getreten haben.

Es ist schon bezeichnend für den Bürgerwille gegen die zunehmende Verrohung der Gesellschaft, wie aus Anlass dieses zweifellos grausamen Falles von Tierquälerei in immer wütenderen und vor Empörung strotzende Leserbriefe die härtestmögliche Bestrafung der Täter gefordert wird.

Und die Prognose könnte durchaus in Richtung einer angemessenen Strafe gehen, angesichts der großen Öffentlichkeitswirkung des Urteils in diesem Fall. Wohl gemerkt, es sind bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe für dieses Delikt vorgesehen; im Vergleich hierzu: welche Strafe erwartet doch gleich noch mal einen Rechtsbrecher für einen Widerstand? Hierzu später mehr.

„Schützt die ENTEN“ könnte auf den imaginären Plakaten der Protestierenden stehen.

Der Vorfall wirkt seltsam bizarr und doch geradezu plakativ darstellend für das Phänomen von ausufernder Gewalt gegen alles und jeden, Sachen, Tiere und Menschen.

Blickt man in die Weltnachrichten, packt einen fassungsloses Entsetzen über die gering gewordene Hemmschwelle der Menschen untereinander.

Gibt es überhaupt noch Raum für Respekt gegenüber den Grundrechten eines jeden Menschen, allen voran dem der körperlichen Unverletzlichkeit? Und bei alledem muss so-

gar die Frage erlaubt sein, wo sich in den Köpfen von Gewaltstraftätern noch Respekt gegenüber der Ordnungsmacht befindet?

Anfang August präsentierte sich der Weltöffentlichkeit der tobende Mob in englischen Großstädten, der plündernd, brandschatzend und zuletzt sogar mordend durch die Straßen zog. Ein Horrorszenario, was entgegen aller Beteuerungen unserer Politiker, die sich zu diesem Thema zu Wort meldeten, auch bei uns stattfinden kann.

Wie eine schleichende Krankheit scheint sich in unserer, sich ständig weiter globalisierenden, Welt eine immer größer werdende Anzahl Menschen bereit zu erklären Gewalt als Ventil für ihre eigene Unzufriedenheit immer häufiger und immer brutaler offen auszuleben.

Die Ursachenforschung erstellt hierzu lesenswerte Beiträge, aber was ändert sich?

Die Mehrzahl der Bürger scheint dies offensichtlich abzulehnen, aber wo bleibt die Courage der breiten Masse im Angesicht einer auf offe-

7/2005

## MENSCHLICHKEIT PFLEGEN



**Wir orientieren uns an den Wünschen, Bedürfnissen und an der Lebensgeschichte der pflegebedürftigen Menschen. Grundlage unserer Pflegekonzeption und unseres Handelns ist das christliche Menschenbild.**

- Ausführliche Beratung
- Wohnen mit eigenen Möbeln
- gepflegte, wohnliche Atmosphäre
- qualitätvolle Pflege und Betreuung nach dem Konzept der Bezugspflege
- altersgerechte Ernährung und Tischkultur
- Anregung und Kontakte
- Gottesdienste und seelsorgerliche Begleitung

**Familien, die Angehörige pflegen, unterstützen wir durch: Heimverbundene Wohnungen, Wohnen und Pflege im Heim, Kurzzeit- und Tagespflege. Wir informieren Sie gern ausführlich.**

Unsere Angebote:

**Hofgeismar – 05671 882 193**  
Heimbereich Hofgeismar  
6 Alten- und Pflegeheime  
Wohnen und Pflege im Heim,  
Kurzzeitpflege, Tagespflege

Haus am Gesundbrunnen  
Betreutes Wohnen

Informieren Sie sich unter [www.eag-hofgeismar.de](http://www.eag-hofgeismar.de)



EV. ALTENHILFE GESUNDBRUNNEN HOFGEISMAR

ner Straße stattfindenden Gewaltstraftat?

Seltsam und dennoch beinahe schon charakteristisch für die heutige Form der Meinungsäußerung ist, dass keiner derer, welche am lautesten protestieren, sich traut, offen gegen diese Form von Gewalt aufzustehen. Stattdessen verbirgt man lieber seinen Namen hinter einem „Nickname“ in einem Leserbrief. Das „Recht“ muss gegen diese Straftäter durchgesetzt werden. Aber wer setzt am Ende wieder durch, was am Ende des Strafverfahrens im Namen des Volkes verkündet wird?

Ganz klar: Die „PoLENTE“

Die lange Vorrede soll nur ein Aufhänger für die provokante Überschrift sein, denn das Thema aus meiner Sicht lautet: Wer schützt eigentlich uns?

Wir, die im Angesicht der Gewalt nicht wegschauen können, dürfen und auch nicht wollen, sehen uns täglich in verschiedensten Einsatzlagen mit konfliktbehafteten Situationen konfrontiert, in denen uns die Gewalt durch körperliche Angriffe unserer polizeilichen Gegenüber aufgezwungen wird.

Polizeibeamte, die in rechtmäßiger Ausübung ihres Dienstes Opfer von Gewaltstraftaten werden, sollten ja, nicht zuletzt im ureigenen Interesse des Gesetzgebers, dessen ausführendes Organ sie ja darstellen, besonders geschützt sein. Die GdP fordert schon seit längerem einen eigenständigen Paragraph 115 im StGB, womit die Verwerflichkeit einer solchen Tat besonders scharf geahndet werden soll. Die Einführung einer Mindeststrafe wäre schon ein deutliches Signal, damit dieses Deliktfeld nicht länger bagatellisiert werden kann.

Wenn es die Judikative nach den heute geltenden Rechtsnormen unterlässt, überführten Rechtsbrechern eines solchen Vergehens mit den für diese Fälle vorgesehenen strafrechtlichen Konsequenzen zur Verantwortung zu ziehen, so ist es nicht verwunderlich, dass dieser Täterkreis im Umgang mit der Polizei immer gewaltbereiter wird.

Dabei hat der Gesetzgeber eigens für dieses Deliktfeld eine Strafrechtsnorm im StGB vorgesehen. Und die Ausschöpfung der im Strafmaß vorgesehenen zwei, bzw. in besonders schweren Fällen fünf Jahren Freiheitsstrafe auch ein adäquates Sanktionsmittel, wenn... ja wenn der Fall denn überhaupt zur Anklage kommen würde.

Das dies leider nicht in jedem Falle so ist, sei hier aus der Praxis exemplarisch Fall anhand einer Vollstreckung eines Haftbefehls dargestellt:

Ende letzten Jahres 2010 wurde von zwei Streifenbesatzungen ein rechtskräftig verurteilter Straftäter an seiner Wohnanschrift aufgesucht, da gegen ihn von der Staatsanwaltschaft ein Haftbefehl vorlag, welchen zu vollstrecken in das Aufgabengebiet der Polizei fällt.



Da der im Haftbefehl gesuchte Straftäter nicht nur hinreichend in zahlreichen Fällen als Beschuldigter in polizeilichen Ermittlungsvorgängen in Erscheinung getreten war, sondern sich zudem noch zu seiner Person die Hinweise gewalttätig, Konsument Harter Drogen usw. in den polizeilichen Auskunftssystemen befand, war Vorsicht beim Einschreiten geboten.

Die Beamten klingelten, doch der Gesuchte öffnete die Tür nicht, obwohl er deutlich hörbar in seiner Wohnung wahrgenommen wurde. Die Tür wurde nun gewaltsam geöffnet, der Gesuchte blieb derweil seelenruhig auf seinem Sofa sitzen und schaut fern.

An dieser Stelle tritt schon deutlich die Gleichgültigkeit dieses Menschen gegenüber der rechtsstaatlichen Ordnung zu Tage. Aber eine echte Widerstandshandlung war bis hierhin nicht gegeben. Doch das sollte nicht so bleiben.

Der Gesuchte wurde nun aufgefordert, seine Sachen für einen Haftaufenthalt zu packen, um anschließend in die JVA gebracht zu werden. Doch anstatt den Anweisungen der Beamten Folge zu leisten, wurde er zunehmend nervöser und versuchte sich eine Möglichkeit zur Flucht zu verschaffen. Diese Handlungen konnten durch Anlegen der Handfessel unterbunden werden.

Trotz der für den Festgenommenen eigentlich scheinbar aussichtslosen Situation, sich dennoch der Festnahme entziehen zu können, ge-

lang es diesem auf dem Weg von der Wohnung zum Funkwagen, trotz arretieren der Handfessel, eine Hand aus der Fesselung zu befreien.

Der Beamte, welcher ihn zu diesem Zeitpunkt am Arm führte, bemerkte dies sofort und konnte ein Losreißen der Person verhindern. Der Festgenommene schlug daraufhin dem Polizeibeamten mit dem eigenen Kopf in dessen Gesicht, so dass dessen Unterlippe aufplatzte und stark blutete. Die Person konnte mit Hilfe der drei anderen Beamten wieder unter Kontrolle gebracht werden und wurde letztlich in die JVA eingeliefert.

Die Beamten fertigten eine Strafanzeige wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte gegen den Beschuldigten. Der Verletzte Polizeibeamte begab sich ins Krankenhaus, wo neben der zur versorgenden Verletzung noch eine Hepatitis C Prophylaxe erfolgen musste, da der Beschuldigte an diesem hoch ansteckenden und unheilbaren Virus erkrankt war.

Das warten auf den Gerichtstermin in dieser Sache, um diese Person einer gerechten Strafe zuzufüh-

ren, war jedoch vergeblich. Anstelle einer Anklage wurde das Verfahren gemäß § 154 Abs. 2 StPO im Hinblick auf ein anderes Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Ich darf noch mal auf die anfänglich erwähnte Tierquälerei verweisen, für die immerhin drei Jahre Freiheitsstrafe verhängt werden können. Ist die ENTE dann nicht so geringfügig wie die „PoLENTE“???

Es muss schon erlaubt sein in diesem Fall nachzufragen, ob sich von

Seiten der Verantwortlichen dieser (man mag beinahe schon das Wort „skandalösen“ benutzen) Entscheidung überhaupt die Frage gestellt wurde, wie sich der betroffenen Polizeibeamte als Opfer dieser Straftat wohl fühlen mag.

Wann schützen endlich die Legislative und die Judikative die PoLENTE???

Lars Elsebach  
Kreisgruppe Kassel

## Wie viel Polizei braucht das Land?

**Das Land kommt nicht zur Ruhe – ich sehne mich danach, mit einem Blick nach vorne, auf vernünftige und weitsichtige Politiker zu treffen die wesentlichen Punkten der inneren Sicherheit Stabilität verleihen. Mit Stabilität verbinde ich hier aktuell die Personalfrage (wie viele Polizistinnen und Polizisten braucht unser Land) um Innere Sicherheit sicher planen zu können. Steht die Frage nach der Anzahl der erforderlichen Polizistinnen und Polizisten tatsächlich nur noch in der Abhängigkeit der Kassenlage und in der Zufälligkeit der vorhandenen oder nicht vorhandenen Weitsichtigkeit verantwortlicher Politiker? Auch politische Verlässlichkeit im Bezug auf die Anerkennung und angemessene Entlohnung unserer guten Arbeit wird, vor dem Hintergrund unserer täglichen Arbeit am Limit, erwartet.**

Bereits vor der Kommunalwahl im Frühjahr dieses Jahres haben wir intensiv über die Gefahren und Folgen einer Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Verfassung spekuliert. Heute, bereits wenige Monate später, sind die realen Auswirkungen zu sehen und ich frage mich ernsthaft, wer mit Blick auf die Innere Sicherheit überhaupt noch auf der politischen Seite mit Vernunft und Weitsicht agiert.

Die Sinnhaftigkeit einer zukunfts-fähigen Finanzpolitik stellt nicht wirklich ernsthaft irgendjemand in Frage. Man darf aber sehr wohl die Frage stellen, in wie weit finanzpolitische Entscheidungen in eine funktionsfähige Innenpolitik hinein diktieren darf – ohne Rücksicht auf Verluste!

Warum provoziere ich in dieser Überschrift und mit dem Aufzeigen von Zahlen? Die Antwort ist recht einfach - die augenscheinlich beschlossenen Maßnahmen deuten auf eine noch nie dagewesene Fehlentwicklung hin, die in mir die Befürchtung aufkommen lässt, dass

Innere Sicherheit für uns künftig kaum noch planbar sein wird.

Monate andauernde Hoffnungen auf einen innenpolitischen Wandel sind in den letzten Tagen und Wochen zerplatzt wie eine Seifenblase -

In der Spitze unserer Polizeiführung gibt man sich größte Mühe, die aktuelle personelle Entwicklung als die heilbringende Zukunft zu verkaufen – in Wirklichkeit kann man diese nur noch als Augenwischerei bezeichnen.

Personalzuwächse werden als „Stabilitätsprogramme“ verkauft und die personelle Stärkung der Basis (geplant ca. +300 bis 2014) soll wohl die Wende in der Personalpolitik symbolisieren. Diese, durchaus aktuell positive Entwicklung, will ich auch gar nicht kleinreden – ja, es ist der richtige Weg, nur alle Zeichen deuten darauf hin, dass man ihn wider besseren Wissens nicht weiter-oder zu Ende gehen will.

Es wird scheinbar völlig ausgeblendet, dass wir in den Jahren von 2001 – 2006, durch geringere Einstellungen und der staatlich verord-

neten PVS in den Jahren 2007 und 2008, rund 720 vollzeitäquivalente Stellen im Polizeivollzug abgebaut haben.

Meine Kolleginnen und Kollegen werden es mir sicherlich nachsehen, dass ich keine Gegenrechnung unter Zugrundelegung der veränderten Wochenarbeitszeit vorgenommen habe.

Was in den kommenden drei Jahren an Personal zusätzlich in der Fläche, über die geplanten Abgänge hinaus, verteilt wird, ist nicht mehr und nicht weniger, als ein Teil dessen, was wir in den vergangenen Jahren, trotz Arbeitsverdichtung, an Personal abgeben mussten.

Dies nur noch einmal in Erinnerung gerufen, damit ich nahtlos und für jeden verständlich den Einstieg mit einem Blick in die Zukunft vornehmen kann.

Wir arbeiten bereits erfolgreich in dem Projekt Betriebliches Wieder-eingliederungsmanagement (BEM) und basteln aktuell akribisch an einer positiven Entwicklung in Sachen “Behördliches Gesundheitsmana-



## Übersicht Einstellungen und Ruhestandsversetzungen

1999 - 2011

Personalentwicklung unter Zugrundelegung feststehender Einstellungszahlen  
im Vergleich zum Personalabgang.

Keine Berücksichtigung finden in dieser Berechnungsform die Auswirkungen der Lebensarbeitszeitverlängerungen und des Zukunftssicherungsgesetzes (Wegfall 360 Polizeivollzugsstellen)

Jahr	Übernahme			Ausscheiden			Gesamt
	Einstellungen	Kündigungen Entlassungen	Realer Zuwachs	Eintritt in den Ruhestand mit Altersgrenze	Vorzeitige Ruhestand/Entlassung Kündigungen	Todesfälle	
		ca. -7%		ca. 75%	ca. 20% (inkl. - ca. 7%)	ca. 5%	100%
1999	357	-25	332				
2000	341	-24	317				
2001	578	-40	538				
2002	631		631	-322	-80	-20	-422
2003	440		440	-299	-80	-20	-399
2004	250		250	-309	-80	-20	-409
2005	250		250	-292	-80	-20	-392
2006	250		250	-247	-80	-20	-347
2007	400		400	-303	-80	-20	-403
2008	550		550	-280	-80	-20	-380
2009	550		550	-302	-80	-20	-402
2010	550		550	-313	-80	-20	-413
2011	550		550	-352	-80	-20	-452
Summe:	4421		4421	-3019	-800	-200	-4019
				<b>402</b>			

	Einstellungen	Kündigungen Entlassungen	Realer Zuwachs	Eintritt in Ruhestand mit Altersgrenze	Vorzeitige Ruhestand/Entlassung Kündigungen	Todesfälle	Gesamt
2012	550	ca. -7%	550	-352	-80	-20	-452
2013	550		550	-340	-80	-20	-440
2014	550		550	-435	-80	-20	-535
2015	550		550	-483	-80	-20	-583
2016	550		550	-474	-80	-20	-574
2017	550		550	-431	-80	-20	-531
2018	550		550	-439	-80	-20	-539
2019	550		550	-488	-80	-20	-588
2020	550		550	-474	-80	-20	-574
Summe:	4950		4950	-3916	-720	-180	-4816
				<b>134</b>			

Personalentwicklung unter Zugrundelegung fiktiver Einstellungszahlen  
Vergleich zum Personalabgang.

Keine Berücksichtigung findet in dieser Berechnungsform die Auswirkungen der Lebensarbeitszeitverlängerungen und der damit in Verbindung stehenden, sich verschiebenden Personalabgänge

	Einstellungen	Realer Zuwachs	Eintritt in den Ruhestand mit Altersgrenze	Vorzeitige Ruhestand/Entlassung Kündigungen	Todesfälle	Gesamt
2012-2020	500	500	-3916	-720	-180	-4816
		<b>4500</b>		<b>-4816</b>		
				<b>-316</b>		

	Einstellungen	Realer Zuwachs	Eintritt in den Ruhestand mit Altersgrenze	Vorzeitige Ruhestand/Entlassung Kündigungen	Todesfälle	Gesamt
2012-2020	450	450	-3916	-720	-180	-4816
		<b>4050</b>		<b>-4816</b>		
				<b>-766</b>		

	Einstellungen	Realer Zuwachs	Eintritt in den Ruhestand mit Altersgrenze	Vorzeitige Ruhestand/Entlassung Kündigungen	Todesfälle	Gesamt
2012-2020	400	400	-3916	-720	-180	-4816
		<b>3600</b>		<b>-4816</b>		
				<b>-1216</b>		

gement (BGM). Wir haben erkannt, dass wir auf die gewaltige Zahl der eingeschränkt dienstfähigen Kolleginnen und Kollegen reagieren müssen. Reagieren in diesem Zusammenhang heißt – das Übel an der Wurzel packen und hierzu ist gerade das BGM der richtige Einstieg.

Ich kann und will aber nicht glauben, dass keiner die Zusammenhänge zwischen stressbedingter Personalausfälle, extrem hohen Wochenarbeitszeiten und unserem Personalbestand in der Vollzugs-polizei sieht. Wenn ich heute noch nicht bereit bin an dieser Stelle Boshaftigkeit zu unterstellen, so liegt dies darin, dass ich heute, für alle nachlesbar, diese Zahlen und Entwicklungsgefahren in den Raum stelle, von denen ich behaupte, dass sie unsere polizeiliche Zukunft gewaltig negativ beeinflussen werden – wenn, wie aufgezeigt diese politischen Entscheidungen getroffen werden.

Vorne bringen wir mit Verstand und unseren Händen (BEM und BGM) sinnvolle Arbeitsschutzprojekte und Gesundheitsmanagement auf den Weg, um dann mit dem Hinterteil diese Entwicklungen wieder umzustößten, wenn bis 2020 tatsächlich,

**bis zu 1200 Stellen**

abgebaut werden.

Natürlich erwarte ich jetzt und in der direkten Folge dieses Artikels einen Aufschrei der Empörung in den verantwortlichen politischen Kreisen. Ja ich fordere gerade dazu auf, mir zu widersprechen, meine Zahlen als falsch zu bezeichnen und mir, nein uns allen, verdammt noch einmal zu sagen, wie wir innere Sicherheit in Zukunft sicher planen und gewährleisten sollen.

Wie man sich, mit welchem Personal, zukünftig den immer komplexeren und zunehmenden Aufgaben stellen soll. Mit welchem Personal wir Arbeits- und Ermittlungseinheiten ausstatten sollen, die sich der ständig veränderten Kriminalitätsentwicklung kraftvoll entgegenstemmen sollen. Ich möchte auch eine Antwort darauf haben,

wie wir all dies mit weniger "Polizei" hinbekommen sollen und wer die Verantwortung dafür übernimmt, dass wir in der Fläche und hier, im Besonderen im Schicht- und Wechseldienst, bereits auf nur noch Millimeter dickem Eis laufen und immer mehr Kolleginnen und Kollegen unter der gewaltigen Last einbrechen.

Veränderungen der Lebensarbeitszeit werden nur unwesentlich auf den Personalabgang Einfluss nehmen und Zahlen der Ruhestandsversetzungen nur verschieben - es wird ein Problem bleiben!

Am Ende will ich, unmittelbar vor dem hoffentlich nun beginnenden, offenen und ehrlichen Austausch

rund um die Zukunft unserer Polizei, unserem Innenminister zitieren.

**"Der Personalabbau bei der hessischen Polizei war unsäglich und falsch",**

so Innenminister Boris Rhein in Gesprächen mit dem HPR und bei einer Versammlung der Dienststellenleiter.  
Lothar Hölzgen

## Tarifinfo - Tarifinfo - Tarifinfo - Tarifinfo - Tarifinfo - Zusatzversorgung im Mutterschutz sichern

Bei der Berechnung des Anspruchs auf Zusatzversorgung gelten Zeiten des Mutterschutzes als Umlage- und Beitragsmonate. Das hat das Bundesverfassungsgericht am 28. April dieses Jahres entschieden. Die Mutterschutzzeiten (6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt) sind bis zum 18. Mai 1990 rückwirkend als Beitragszeit anzuerkennen. Weil die VBL über keine oder nur über spärliche Daten zu länger zurück liegenden Mutterschutzzeiten verfügt, ist der Rechtsanspruch bislang allerdings kaum

in die Praxis umgesetzt worden. Gewerkschaften und öffentliche Arbeitgeber der TdL (Tarifgemeinschaft der Länder, der Hessen nicht mehr angehört) haben sich deshalb darauf verständigt, dass der Anspruch nachberechnet wird, wenn die betroffenen Beschäftigten einen entsprechenden Antrag stellen. Da sich natürlich auch das Land Hessen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes halten muss, wird auch hier eine tarifvertragliche Regelung folgen müssen. Im Vorgriff darauf empfiehlt jedoch die

GdP bereits jetzt, dass die betroffenen weiblichen Beschäftigten (ehemals Angestellte und Arbeiterinnen) einen Antrag an die Dienststelle und die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) stellen.

Mustervordrucke können bei Kollegin Simone Sauerländer im Personalratsbüro per E-Mail abgerufen werden ([simone.sauerlaender@polizei.hessen.de](mailto:simone.sauerlaender@polizei.hessen.de)).

Simone Sauerländer  
KG Kassel

## Gutes frisch auf den Tisch

### Pensionäre der GdP besuchen die Edeka – Hessenring in Melsungen

GdP Pensionäre aus den Kreisgruppen Kassel, Eschwege, Fritzlar und Melsungen besuchten die Edeka – Hessenring in Melsungen.

Durch persönliche Verbindungen zur Edeka Melsungen hatte der Seniorenvertreter Kassel-Land Georg Obach hierzu eingeladen.

Die Besuchergruppe wurde bereits an der Wache von dem Vertreter der Unternehmensleitung – Herrn Manfred Schwarz – begrüßt. Herr Schwarz führte persönlich die Besucher durch das Unternehmen.

Die Pensionäre waren von der Größe des Unternehmens und der Vielfältigkeit des Warenangebotes überrascht.

Hierzu erhielten die Gäste noch folgende Informationen:

1 Betriebsfläche in Melsungen ca. 27 ha, das entspricht etwa 33 Fußballfeldern



1 Anzahl der Mitarbeiter am Standort : 1.450, davon 310 im Fleischwerk

1 Anzahl der Mitarbeiter in der Unternehmensgruppe gesamt: 5.640

1 Anzahl der EDEKA – national einschl. selbstständiger Einzel-

handel: ca 302.000 – somit größter Arbeitgeber in Deutschland

1 Die Anzahl der Nutzfahrzeuge (Lkw) am Standort Melsungen beträgt 34 Gliederzüge und 44 Sattelaufleger.



- | Im Jahre 2010 wurden von diesen Fahrzeugen insgesamt
- | 13.340.000 Kilometer Wegstrecke zurückgelegt.
- | Das entspricht pro Tag ca. 40.000 km (1x Erdumfang).

Nach der ca. 2-stündigen Führung wurden die Gäste im Besucherzentrum zu einem Imbiss eingeladen. Hierbei wurden von Herrn Schulze aus dem Fleischwerk der Edeka die Betriebsabläufe durch einen Film dargestellt.

Aus Gründen der Hygiene ist ein direkter Zutritt für betriebsfremde Personen dort nicht möglich.

Die Besucher bedanken sich an dieser Stelle nochmals herzlich für die Besuchsmöglichkeit des Unternehmens.  
Georg Obach

## Wenn die Sonne lacht

### Seniorentag 2011 der GdP Nordhessen



Dieses Jahr hatte der Wettergott ein Einsehen. Hatten wir in den vergangenen Jahren immer wieder mit den Unbillen des Sommers zu kämpfen, strahlte diesmal die Sonne vom Himmel. Die Gewitterwolken der Vortage hatten sich verflogen.



Auf dem Gelände von Grün-Weiß am Auedamm hatten sich, wohl auch angelockt von der sommerlichen Witterung, wesentlich mehr Kolleginnen und Kollegen als in den Vorjahren. Zur Freude aller hatte auch der Polizeichor Kassel seine Teilnahme und eine Darbietung der Sangeskunst angeboten.

So eröffnete dann ein bunter Sangesreigen unter der Leitung von Manfred Nemeth den bunten Nach-

mittag. Die Senioren der GdP freuen sich immer über die Auftritte, zumal viele alte Kollegen unter den Sängern sind und so auch den Kontakt zur Polizei halten. Danach wurde es „ernst“, denn Horstmar Werner mit seiner lieben Frau und Tochter hatten schon die Grills angeworfen und entsprechend mit Würsten und Steaks bestückt. Aus dem Betriebsrestaurant Sehrt waren die köstlichen Salate geliefert wor-

den. Ein Zeichen des Gefallens war die Tatsache, dass dieses Mal – auch ein Novum – alles, aber auch wirklich alles – aufgegessen worden war. Nach dem Essen war dann Gelegenheit, die „guten alten Dienstzeiten“ wieder aufleben zu lassen. Und da wurde gescherzt, gefrozzelt und gelacht. Es tat wieder einmal gut, die vertrauten Gesichter zu sehen und zu „klönen“. Kurt Lohr von der KG Melsungen hatte es natürlich nicht versäumt, seine Destillate aus der eigenen Brennerei mitzubringen und auch den einen oder anderen Probierschluck anzubieten. Die Kollegen deckten sich dann auch entsprechend mit dem guten Tropfen ein.

Ein Dankeschön an dieser Stelle sei nochmal an alle fleißigen Hände gerichtet, die zum Erfolg des Seniorentages beigetragen haben: Kurt Grede, Dieter Brack, Hilmar Lorenz, aber auch der Vorstand der KG Kassel, die „Restbesetzung“ des Büros unter der Regie von Irene Franiek.

Volker Zeidler, BZG Nordhessen





# Von der Moderne in die Vergangenheit

## Senioren der Bezirksgruppe Nordhessen wieder unterwegs

Pünktlich um 07.00 Uhr setzte sich der voll besetzte Bus mit gut gelaunten Seniorinnen und Senioren unter der Leitung von Hilmar Lorenz Richtung Süden in Bewegung. In Melsungen wurden noch schnell 5 Personen aufgeschnappt und die Fahrt Richtung Flughafen Frankfurt ging weiter. Unterwegs gestärkt mit dem bereits bewährten Alte-Wurst-Frühstück kamen wir mit ein klein wenig Verspätung am Besucherservice an. Bevor wir uns auf die Airport-Tour begeben konnten, mussten wir erst einmal die gleichen Sicherheitsvorkehrungen durchlaufen, wie ein Passagier: Jacken aus, Gürtel abschneiden, keine Flüssigkeit mitnehmen, durchleuchten, eben das volle Programm. Auf dem Weg zu den Start- und Landebahnen passierten wir dann im Bus noch eine weitere Sicherheitsschleuse. Wir lauschten dann interessiert dem engagierten Vortrag unserer Reiseführerin, während wir direkt auf dem Rollfeld dicht an vielen bunten Flugzeugen aller möglichen Airlines vorbeifuhren. Besonders imposant anzusehen war der neue Airbus 380, 3 Stockwerke hoch (24 m), in dem bis zu 825 Passagiere befördert werden können. Wir konnten ihn dann auch gleich live beim Abheben beobachten. Vorbei an Cargo City und Wartungshallen ging die Rundfahrt weiter zu einer der 3 Flughafenfeuerwachen.



Insgesamt arbeiten etwa 270 Feuerwehrleute schichtweise in den Feuerwachen. Innerhalb von max. 3 Minuten müssen die Einsatzkräfte im Notfall an jeder Stelle des Geländes sein können.



Wer wollte, durfte jetzt noch in das Cockpit eines der Feuerwehrautos einsteigen, welche pro Stück 1,5 Mio. kosten. Da hatten natürlich besonders die Männer ihren Spaß dran.

Beim Anblick der Startbahn West, kamen natürlich viele Erinnerungen der Kollegen hoch und man hörte: „Siehst Du, da hinten im Wald haben wir gestanden“ oder „da haben wir 12 Stunden im Regen gestan-

den“ und ähnliches. Heute können wir uns kaum noch vorstellen, dass es damals um eine so relativ kleine Startbahn einen solchen Protest gab. Die neue Startbahn Nord konnte fast ohne nennenswerte Einwände gebaut werden, so die Ausführungen der Reiseleiterin.



Weiter ging's mit unserem Bus von der hoch technisierten Welt des Flughafens in die Welt der Vergangenheit, zum Hessenpark Neuanspach, ein großes Freilichtmuseum mitten im Taunus. Dort war Zeit, sich mit einem Mittagessen zu stärken.

Auch dort war eine sachkundige Führung für die Gruppe von Hilmar Lorenz organisiert, uns die 400 Jahre ländliches und kleinstädtisches Leben in Hessen anschaulich zu machen. Im Hessenpark sind historische Fachwerkgebäude und Kirchen aus allen Landesteilen Hessens im Original aufgebaut und eingerichtet. Ländliches Leben und altes Handwerk wird zum Teil vorgeführt und ausgestellt. Auf dem 60 ha großen Areal gibt es sicher noch viel zu entdecken, aber wir mussten uns

### Fakten zum Flughafen:

- | ist seit 1936 in Betrieb
- | zählte 2010 fast 53 Mio. Passagiere
- | belegt im internationalen Vergleich Platz 3 in Europa und Platz 9 weltweit
- | ist mit 73.000 Beschäftigten die größte Arbeitsstätte in Deutschland
- | zählt mehr als 500 verschiedene Unternehmen und Arbeitgeber
- | bietet ungefähr 200 Flugzeugpositionen und je nach Größe des Flugzeugs 65 Terminal-Positionen
- | Fluglotsen bewältigen etwa 82 Flugbewegungen pro Stunde, insgesamt ungefähr 700 Starts und 700 Landungen am Tag
- | In 10 Hochtanks lagern insgesamt 186 Mio. Liter Treibstoff

dann langsam auf die Rückreise nach Nordhessen machen. Einige Mitfahrer hatten eine Anregung bekommen, hier noch einmal herzufahren.

Auf der Rückfahrt wurden dann eifrig Pläne geschmiedet, wo die Fahrt im nächsten Jahr hingehen

soll. Als Vorschläge kamen Harz mit Brocken, Erfurt oder ein Ausflug in die Rhön. Eine besondere Überraschung hielt Hilmar Lorenz auch noch für die Mitfahrer bereit. Es kamen 4 Eintrittskarten für ein Benefizkonzert des Polizeichores Kassel mit dem Polizeiorchester und dem

ZDF-Chor Mainz in Kassel zur Verlosung.

Es war wieder eine gelungene Fahrt und wir sind gespannt, was sich die Seniorenvertreter Kurt Grede und Hilmar Lorenz im nächsten Jahr einfallen lassen.

Simone Sauerländer, KG Kassel

## Polizei sang und spielte für einen guten Zweck

### Benefizkonzert für Verein Polizeisozialhilfe Hessen e.V.



Engagierte Polizeibedienstete gründeten vor nunmehr 25 Jahren die Polizeisozialhilfe Hessen e.V., um immer mehr Bediensteten der Hessischen Polizei in sozialer Not zu helfen. Heute besteht der Verein aus Mitgliedern und ehrenamtlichen Helfern. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, Bediensteten der Polizei, deren Angehörige und Hinterbliebene in Notsituationen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen und zu unterstützen. Zur Unterstützung ihrer finanziellen Grundlage fand am 3. September 2011 im Phi-

lipp-Scheidemann-Haus in Kassel ein großes Benefizkonzert mit dem Polizeichor Kassel, dem ZDF-Chor Mainz mit Solisten und dem Hessischen Polizeiorchester statt. Das kurzweilige Programm bot für jeden etwas: U.a. ein hervorragendes Medley aus dem Musical Starlight Express des Polizeiorchesters, Melodien vom Hessenlied bis zum Hahn von Onkel Giacometo (mit Hühnergeschrei) des Polizeichores und Liedern von Verdi bis zu den Beatles, vorgetragen von den teilweise pro-

fessionellen Stimmen des ZDF-Chores Mainz und seinen Solisten. Musik und Gesang verbindet, das zeigte sich auch darin, dass extra zu diesem Konzert ein Bus aus Waldeck mit dem Shanty-Chor Edersee angereist kam, der freundschaftliche Verbindungen zum ZDF-Chor unterhält.

Für die Freunde des Polizeichores Kassel oder die es noch werden wollen empfehlen wir die nächsten Auftritte:

#### „Vorweihnachtliches Konzert“ des Vereins Bürger und Polizei

am Freitag, den 25.11.2011, 19.30 Uhr, in der Kirche St. Familia, Kölnische Str., ebenfalls mit dem Landespolizeiorchester

#### Weihnachtskonzerte in der Rosenkranzkirche, Kassel, Bebelplatz,

am 4.12. 2011, 15.00 und 18.00 Uhr, mit Kinderchor und Solisten

Simone Sauerländer, KG Kassel

## Meldung von E-Mail-Adressen der Pensionäre

Der Bezirksgruppenvorstand möchte die Information unserer im Ruhestand befindlichen Kolleginnen und Kollegen verbessern und dabei moderne Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um auch kurzfristig wichtige Termine und Bekanntmachungen zu übermitteln.

Wir bitten deshalb alle Senioren, die über einen Internetanschluss verfügen, uns ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen, damit wir sie in einen Verteiler aufnehmen und unmittelbar anschreiben können. Wer von



den Senioren in diesen E-Mail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sende bitte eine Mail mit dem Betreff „Seniorenverteiler“ an: [gdpppk@t-online.de](mailto:gdpppk@t-online.de)

Ab diesem Zeitpunkt werden wir Euch dann zeitnah über alles Wichtige informieren. Auf diesem Wege können wir auch die Flugblätter des Landesbezirkes zu aktuellen Themen an euch weiterleiten.



# Personalnachrichten

## WIR GRATULIEREN:

### Zum 60. Geburtstag

Waltraud Jabusch  
Michael Matyssek  
Wolfgang Rautenhaus  
Dieter Paul  
KG Kassel

### Zum 70. Geburtstag

Adolf Heinzemann  
KG Kassel

### Zum 75. Geburtstag

Gerhard Gundlach

Wilfried Rasch  
KG Kassel

### Zum 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Jürgen Beck  
Sabine Knoell  
Monika Roß  
Volker Wiegand  
Frank Zinke  
Stefan Thiel  
Jörg Lange  
KG Kassel

Jens Beyer  
KG PSt. Baunatal

### Zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Manfred Becker  
Klaus-Dieter Hegner  
Walter Dernbach  
KG Kassel

### Zum 50-jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Dieter Brack  
KG Kassel

## 10 Jahre danach

### Wie die GdP in Nordhessen die Anschläge auf das World Trade Center verarbeitete

Es ist mir noch in guter Erinnerung. Der 11. September 2001 war ein bedeckter Tag in Deutschland, frühherbstlich, aber es war noch warm. Wir hatten an diesem Nachmittag den angekündigten Besuch der nordhessischen SPD Landtagsabgeordneten Günter Rudolph und Dieter Franz angekündigt bekommen. Um kurz nach 14.00 Uhr waren wir mit den Abgeordneten vom Polizeipräsidenten Henning empfangen worden und besprachen die Problemstellungen der hessischen Polizei im Fahnenraum des PP Nordhessen im 7. Stock.

Kurz nach halb 3 Uhr kam Karina Kimpel in den Besprechungsraum gestürzt und erklärte, dass es in New York einen Anschlag gegeben habe und dass das World Trade Center brannte. Sofort gingen wir in das Personalratsbüro und schalteten den Fernseher ein. Die Bilder, die sich uns boten, waren wie für jeden anderen grauenvoll. Als dann noch das zweite Flugzeug in den Südturm einschlug, was wir live ver-



folgten, war uns allen klar, dass die Welt ab sofort eine andere sein würde.

Der dienstliche Nachmittag klang dann gegen 16.15 Uhr aus und als ich ins Auto stieg, war gerade der erste Turm zusammengebrochen.

Eigentlich hatte ich Rudertraining an diesem Nachmittag, aber am Bootshaus hatte niemand Lust, unter diesen Umständen noch Sport zu machen und so fuhr ich nach Hause. Zwischenzeitlich war auch der Nordturm eingestürzt und uns war klar, dass Tausende von Menschen gestorben waren.

Die Stunden nach den Anschlägen liefen so ab, als sei man paralytisch. In den Tagen danach waren Presse, Rundfunk und Fernsehen voll mit Meldungen über die Terroranschläge, die Nachrichten jagten immer wieder kalte Schauer über den Rücken.

Damals war ich Kreisgruppenvorsitzender der GdP Kassel und die Kreisgruppe Kassel verlieh immer den GdP Stern aus besonderen Anlässen. Eigentlich hätte wieder ein Schauspieler oder ein Künstler geehrt werden sollen, ein Jahr zuvor war Iris Berben bei uns zu Gast gewesen. Diese abscheulichen Anschläge zwangen uns aber zum

Gemeinsam sind wir stark –  
  
darum GdP!



Umdenken. Uns war klar, dass wir die Verleihung entweder ausfallen oder dass sie einen engen Bezug zu den Ereignissen haben musste. Unsere Entscheidung fiel zugunsten des letzteren aus.

Über die IPA, hier sei besonders die Verbindungsstelle Kassel unter der Leitung von Gunter Arnold genannt, wurde ein Kontakt zu Captain James Albrecht, einem deutschstämmigen Cop aus New York geknüpft. Er wurde gebeten uns einen Kollegen oder eine Kollegin zu benennen, die bei der Rettung der Menschen aus dem World Trade Center unmittelbar eingesetzt war. Schon kurz darauf hatten wir die Meldung, dass der Kollege David Morales, ein Detective des NYPD, diese Ehrung stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen in Empfang nehmen würde.

Den gesamten Winter über hatten wir dann Kontakt mit David und seiner Ehefrau Anna, die ebenfalls Kollegin war. Im März 2002 war es dann soweit. Über einen ehemaligen Kollegen des PP Frankfurt, der mittlerweile Sicherheitschef bei Lufthansa Cargo ist, hatten wir Flugtickets besorgt und im Hotel Gude in Kassel ein Quartier für unsere Gäste besorgt.

Auf dem Flughafen Frankfurt war das Hallo dann groß, als David und seine Frau eintrafen. Mit einem Minivan ging es nach Kassel und hier stand dann ein komplettes Wochenprogramm an, am Freitag sollte dann die Ehrung stattfinden und am Samstag war der Rückflug angesagt.

Der Hessische Rundfunk begleitete unser Paar aus New York während der gesamten Woche. Natürlich hatten wir auch Gelegenheit, uns reichlich mit David und Anna auszutauschen. Anna war an dem Morgen der Anschläge erkrankt und David hatte sie mit dem Privatwagen zum Arzt gefahren, weil sie selbst nicht Auto fahren konnte. Auf dem Weg zum Arzt mussten sie über die George-Washington-Bridge, weil sie in Brooklyn wohnen. Von der anderen Seite hat man einen guten Blick über Manhattan und als David den Rauch über dem World-Trade-Center sah, wusste er,

dass ein großer Einsatz anstand. Er setzte Anna beim Arzt ab. Jeder Detective in New York hat eine Uniform und David hatte seinen „Notfallkoffer“ immer im Kofferraum. Also fuhr er direkt nach Manhattan, kam aber mit dem Pkw gar nicht rein. Ein Kollege wies ihm einen Parkplatz zu, er zog sich im Auto um und rannte zum World-Trade-Center. Dort erhielt er den Auftrag, die betroffenen Menschen, die aus den Gebäuden kamen, weg vom Katastrophenort zu führen. Dies wieder holte er einige Male, bis der Südturm einstürzte und er wegen des Staubes nicht mehr atmen konnte.



**Gewerkschaft  
der Polizei**

**Damit du  
dein  
Recht  
bekommst**

David erzählte uns dann eine Geschichte, die er auch bei der Verleihung vortrug. Er und sein bester Freund, ein Kollege, hatten im Nebenstudium Jura belegt und wollten sich nach ihrer Pensionierung (die in New York nach 20 Dienstjahren zum ersten Mal angeboten wird) als Anwälte für Polizisten niederlassen. Darüber hatten sie sich am Sonntag vor den Anschlägen bei einem Bier unterhalten. Sein Freund war im Nordturm und wurde unter dem zusammenstürzenden Turm begraben. David wechselte zur Pressearbeit nach den Anschlägen und seine Aufgabe war es, Besuchergruppen aus allen Ländern zum Ground Zero zu führen. So auch am Tag vor dem Abflug nach Deutschland. Da hatte er eine österreichische Gruppe, denen er den Ground Zero zeigt. Während seines Aufenthaltes mit der Gruppe unterbrachen die Helfer wieder ihrer Arbeit, weil sie ein Opfer gefunden hatten. Dieses Opfer war Davids Freund, der körperlich fast unversehrt in einem Hohlraum des Tiefgeschosses gefunden worden war. Die Nachricht, von der Bergung seines Freundes hatte David am Morgen vor dem Abflug erhalten.

Uns hat die Verleihung des GdP Sterns an David Morales sehr bewegt. Der unendliche Schmerz, den die Hinterbliebenen der Opfer zu erleiden hatten, war für uns die gesamte Woche über präsent. Wir waren danach der felsenfesten Überzeugung, dass wir mit unserer Entscheidung, den Stern doch zu verleihen und in diesen Zusammenhang zu bringen, genau richtig lagen. Das Opfer, das die Retter am Ground Zero brachten, ist unbeschreiblich.

Volker Zeidler  
BZG Nordhessen

